

Warum Guy Morin nach Südafrika gereist ist

Städtekonferenz Basel ist international eine Umwelt-Vorbildstadt und kann von anderen Städten ganz schön lernen

VON MATTHIAS ZEHNDER

Herr Morin, was macht der Basler Regierungspräsident in Südafrika?

Guy Morin: Ich habe in Johannesburg an einer Klimakonferenz für Städte teilgenommen, dem C40 Cities Climate Leadership Group Mayors Summit.

In wessen Auftrag sind Sie nach Südafrika gereist?

Im Auftrag des Regierungsrats Basel-Stadt. Ich war 2009 in Kopenhagen an der Klimaschutzkonferenz, 2011 war Eva Herzog in São Paulo, ich war 2012 in Chicago und jetzt in Südafrika und das immer im Auftrag des Regierungsrats. Die Mitgliedschaft bei C40 ist übrigens gratis, Michael Bloomberg finanziert C40 über Bloomberg Philantropies.

C40, das sind Städte wie London, Jakarta, Peking und Buenos Aires. Was hat Basel zwischen diesen Grossstädten verloren?

Unterdessen sind in C40 weltweit 63 Städte organisiert. Sie nennen sich Megastädte. Diese C40 haben einige kleinere Städte mitgenommen, sogenannte Innovator Cities. Basel ist angefragt worden, als Innovator mitzumachen. Neben Basel gehören zum Beispiel Kopenhagen und Oslo in diese Gruppe. Es sind Städte, die im Klimaschutz eine Pionierrolle haben und den anderen Städten helfen sollen, konkrete Massnahmen umzusetzen. Ziel von C40 ist es, sich gegenseitig zu unterstützen und anzuspornen, Klimaziele zu erreichen und den Energieverbrauch zu senken.

Ist Klimaschutz nicht Aufgabe der Staaten?

Etwa 50 Prozent der Bevölkerung weltweit wohnen in den Städten, mit steigender Tendenz. 75 Prozent der CO₂-Emissionen entstehen in den Städten. Also: Die Städte sind für die Klimaerwärmung verantwortlich. Klimaschutzkonferenzen finden ja sonst unter der Schirmherrschaft der UNO auf Länderebene statt. Die Staaten haben aber Mühe, sich auf Massnahmen zu einigen. Das hat sich schon in Rio gezeigt und jetzt wieder in Warschau. Das gab den Anstoss für die Gründung der C40: Die Städte müssen Verantwortung übernehmen.

Inwiefern ist Basel ein Vorbild? Wir haben ja noch nicht einmal eine verkehrsfreie Innenstadt!

Ich hoffe sehr, dass wir den vorübergehenden Marschhalt rasch überwinden können, wobei man die verkehrsfreie Innenstadt nicht nur einfach als Umweltschutzmassnahme, sondern als Massnahme zur Attraktivitätssteigerung bezeichnen kann. Basel ist ein gutes Beispiel dafür, wie man mithilfe von Lenkungsmaßnahmen die richtigen Anreize schafft. Wir haben auf dem Strom seit 1985 die Förderabgabe. Das Geld, etwa 10 Millionen Franken jährlich, nutzen wir, etwa um Investitionen von Privaten für die energetische Sanierung ihrer Häuser zu unterstützen. Private Investoren zu unterstützen, das machen sehr wenige Städte. Seit 1998 haben wir eine Lenkungsabgabe, die staatsquotenneutral ist. Es ist ein Preisaufschlag, den man auf den Stromverbrauch erhebt und der pro Kopf zurückbezahlt wird. Wer spart, wird belohnt, wer viel konsumiert, wird bestraft. Dazu kommen noch Abfallsackgebühr und Mehrwertabgabe, die jeweils den Verursacher zur Kasse bitten.

Haben Sie Ideen mit nach Basel genommen?

Es gibt Städte, die haben Eco-Districts im Zonenplan ausgeschrieben. Grundeigentümer erhalten eine höhere Ausnützungsziffer, dass sie klimaneutrale Quartiere bauen. Das wäre für uns etwa in einem Entwicklungsgebiet Dreiland am Rheinhafen



Auf der grossen Bühne: Guy Morin zwischen dem Bürgermeister von Vancouver, Gregor Robertson (links) und Moderator Jay Carson (rechts). ZVG

möglich. Im Bereich Elektromobilität könnten wir noch einiges leisten, da sind wir in Basel noch nicht weit.

Was haben Sie konkret in Johannesburg gelernt?

Es hat immer sehr spannende Projekte. Ein Beispiel ist die Idee des District Cooling, also nicht nur einen Wärmeverbund zu installieren, sondern auch einen Kühlverbund. Bei uns könnte man dazu Rheinwasser benutzen. Klimaschutz braucht enorm viel Ausdauer. Die ersten Massnahmen auf dem Weg schenken rasch ein. Danach wird es immer aufwendiger. Da haben andere Städte heute mehr Drive.

Welche Stadt zum Beispiel?

Vancouver hat mir sehr Eindruck gemacht, dann Portland und Kopenhagen. Die haben wirklich sehr viel Wille und investieren sehr viele Mittel in den Klimaschutz. Das Argument: Es rentiert jetzt noch nicht grad, aber in fünf oder zehn Jahren kommt das Geld wieder zurück, weil wir Energiekosten oder Anpassungs-

massnahmen einsparen. Das ist übrigens sehr eindrücklich: Alle Städte reden heute von Adaptationskosten. Wir müssen uns alle auf höhere Meeresspiegel, Stürme, Überschwemmungen und ähnliches einstellen. Viele Städte müssen bereits heute viel Geld in Abwehrmassnahmen stecken. Jakarta zum Beispiel investiert in einen grossen Damm, viele andere müssen sich schützen vor der Klimaveränderung.

Ist Basel also bloss ein etwas exotisches, gutes Beispiel?

Nein, wir machen mehr. Basel ist Teil der Arbeitsgruppe Sustainable Infrastructure Finance Network. Ich leite die Gruppe gemeinsam mit Rahm Emanuel, dem Bürgermeister von Chicago. Sinn der Arbeitsgruppe ist es, Städten, die Mühe haben, nachhaltige Investitionen etwa in den öffentlichen Verkehr zu finanzieren, bei diesen Investitionen zu helfen.

In diesem Bereich ist auch die Global Infrastructure Basel tätig, die vom Kanton Basel-Stadt subventio-

niert wird. Was ist da der Zusammenhang?

Die Global Infrastructure Basel will Menschen, die ein Infrastrukturprojekt haben, mit Investoren zusammenbringen. Investieren kann etwa die Weltbank, eine Entwicklungsbank der EU, eine Pensionskasse oder ein Klimaschutzfonds. Die bringen wir mit dem Projektträger zusammen. Global Infrastructure Basel hilft Projekten, einen Investor zu finden oder eine Zinsreduktion herauszuholen. In Südafrika haben wir Verhandlungen geführt mit Mpho Parks Tau, dem Bürgermeister von Johannesburg. Er hat ein Projekt für einen «Fuel Shift», wie er es nennt, bei Bussen: Er will seine Flotte umrüsten von Diesel auf Biogas und dazu eine Biogasanlage bauen. Dafür braucht er 150 Millionen Dollar. Jetzt reist ein Mitarbeiter von Global Infrastructure Basel für zwei Monate nach Johannesburg und erstellt da eine Bankability-Studie, sodass das Projekt im Mai an der Global Infrastructure Basel vorgestellt werden kann.

Der grüne Präsident

Guy Morin (GP) ist Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt. Vor seiner Wahl in den Basler Regierungsrat 2004 war er Hausarzt im St. Johann und als solcher auch Mitglied von Ärztinnen und Ärzten für den Umweltschutz. Guy Morin ist verheiratet und hat zwei Kinder. (ZDR)

Welche Rolle spielen Sie bei Global Infrastructure Basel?

Der Kanton Basel-Stadt hat eine Starthilfe für die ersten drei Jahre gegeben im Umfang von 1,5 Millionen Franken. Heute wird die Initiative etwa vom Seco und anderen Organisationen unterstützt und ist selbsttragend. Bei der Verhandlung mit Mpho Parks Tau habe ich als Türöffner fungiert. Eine konkrete Funktion habe ich aber heute nicht mehr.

Und welche Beziehung haben Sie zu Daniel Wiener und seinem Büro Ecos?

Daniel Wiener und sein Büro haben die Reise nach Südafrika vorbereitet. Dafür hat er pauschal 10000 Franken erhalten. Das bezahlt ihm die Reisekosten und etwas darüber hinaus. Sonst gibt es keine Verbindung mehr.

Und abgesehen von Südafrika? Welche Beziehungen zu Daniel Wiener gibt es sonst noch?

Die ehemalige Natur-Messe, die jetzt «Eco» heisst, wird vom Kanton über die Stadtgärtnerei subventioniert.

Dann ist noch Sun21?

Die hat aber mit Daniel Wiener nichts zu tun, er ist da bloss ehrenamtlich als Experte im Vorstand. Christoph Eymann und Martin Vosseler haben zusammen die Sun21 aus der Bewegung «Ärzte für den Umweltschutz» begründet. Das Büro der Sun21 ist immer noch beim Gewerbeverband. Ziel ist es, das Gewerbe zu mobilisieren für die Anliegen des Umwelt- und Klimaschutzes. Das Gewerbe hat viele Berührungspunkte im Bereich der Bautechnik. Der Kanton unterstützt die Sun 21 mit 210000 Franken jährlich.

■ SVP-INITIATIVE: BRAUCHT ES EINEN AUFSTAND DER STÄDTE?

Herr Morin, am letzten Sonntag sind die grossen Städte in der Schweiz überstimmt worden. Müssen die Städte mehr zusammenarbeiten?

Guy Morin: Es ist auch in der Schweiz ein Thema, dass die Städte mehr politisches Gewicht haben müssen und sich Gehör verschaffen müssen. Dafür gibt es den Städteverband.

Der ist aber gerade in der Abstimmung nicht wirklich aufgefallen.

Er hat schon Position bezogen. Die grosse Rolle spielen die Städte Zürich, Genf, Basel und Lausanne. Es ist auf der ganzen Welt so, dass die Städte von den Nationen nicht gehört werden. Dafür gibt es in der Schweiz die Tripartite Ag-

glomerationskonferenz:

Dies ist ein Gremium aus Städten, Kantonen und Bund, das sich zu Bundes-themen, wie Infrastruktur, Integration und Migration austauscht. Es ist eine Art Konsultativorgan.

Ist das nicht etwas papierig?

Der Zürcher alt Stadtpräsident Elmar Ledergerber hat einmal gefordert, dass die Städte einen eigenen Ständerat haben sollten. Mit solchen institutionellen Reformen kommt man aber nicht weit. Ich denke, es wäre zuerst einmal wichtig, dass die Kantone die Städte ernster nehmen. Ein Kanton Zürich zum Beispiel Zürich und Winterthur. Das ist für mich natürlich einfach zu for-

dern, weil ich beide Hüte an habe, den des Kantons und den der Stadt. Sicher ist: In der Schweiz kann man institutionell keine Stärkung der Städte erreichen, wenn man die Kantone nicht mitnimmt.

Wenn die Schweiz ihre Städte so stark überstimmt wie am Wochenende, muss man aber doch sagen: Die Städte haben nicht das Image, das ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entspricht.

Das stimmt: Kommunikativ müssen wir extrem zulegen. Wir müssen uns als urbanes Land präsentieren. Es gibt jetzt drei Metropolitan-konferenzen, je eine in Zürich, Basel und dem Bassin Lémanique. Die tragen die wirtschaftliche Rolle der

Städte nach aussen. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass das auch Widerstände auslöst in der Schweiz.

Zumindest sollte die Schweiz die Städte neben die Bauern und die Berge stellen.

Ja, natürlich. Allerdings wird es schwierig, die Städte zu stärken, ohne dass wir in eine Polarität geraten. Es ist für den Zusammenhalt schon speziell, dass die wirtschaftsstarken Regionen immer überstimmt werden. Aber gleichzeitig dürfen wir nicht überheblich sein, auch wenn wir den grössten Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Stadt und Land bleiben gegenseitig voneinander abhängig. (ZDR)